FMSG

FINANZMARKTSTABILITÄTSGREMIUM

FMSG Jahresbericht 2021
gemäß § 13 Abs. 10 FMABG

FMSG
FINANZMARKTSTABILITÄTSGREMIUM

Inhalt

Management Summary 3

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen 4

- Entwicklung des Bankensektors 4
- Entwicklung des Versicherungssektors 6
- Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen 10
- Entwicklung des Wertpapiersektors 11

Tätigkeitsbericht 13

Evaluierung der Erreichung der makroprudenziellen Zwischenziele 16

Über das FMSG 17

- Aufgaben des FMSG 17
- Mitglieder des FMSG 18

Management Summary

Die Tätigkeit des Gremiums war im Jahr 2021 von der Analyse systemischer Risiken in der Finanzierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien, der Evaluierung des Puffers für Systemrelevante Institute (OSII) sowie der vierteljährlichen Festlegung des Antizyklischen Kapitalpuffers (AZKP) geprägt.

Das FMSG hat festgestellt, dass die steigenden systemischen Risiken in der Finanzierung von Wohnimmobilien große Relevanz für die Finanzmarktstabilität in Österreich haben können. Im Fall einer Immobilienkrise besteht das Risiko einer Störung des Finanzsystems mit negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Daher beauftragte das FMSG die OeNB eine konkrete Empfehlung des FMSG an die FMA mit der Intention auszuarbeiten, rechtlich verbindliche Maßnahmen möglichst ab Mitte 2022 in Kraft treten zu lassen.

Für die Analyse systemischer Risiken aus der Finanzierung von Gewerbeimmobilien wurde mit der Meldeverordnung der OeNB zur Erfassung von Daten für die Erstellung von Gewerbeimmobilienindikatoren („GIMPI-VO“)[1] ein wichtiger Grundstein für die Verbesserung der Datenlage geschaffen. Das Gremium regte eine Evaluierung der Möglichkeit einer weiteren Verbesserung der Datenlage an.

Im Rahmen der jährlichen Überprüfung des OSII-Puffers kam es im Vergleich zum Vorjahr sowohl beim Kreis der identifizierten Institute als auch der Pufferhöhen zu keinen wesentlichen Änderungen.

Das FMSG behielt seine Empfehlung, den Antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% der risikogewichteten Aktiva zu belassen, auch im Jahr 2021 aufrecht. Das Gremium wies jedoch darauf hin, dass das Kreditwachstum im Vergleich zum BIP-Wachstum weiterhin zu hoch ist und es daher die Nachhaltigkeit der Erholung relevanter Indikatoren genau beobachten und gegebenenfalls ein verkürzter Implementierungszeitraum für den AZKP notwendig sein wird.

Die Tätigkeit des Gremiums wird durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichungen von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

[1] Meldeverordnung GIMPI 2022, BGBl. II Nr. 425/2021.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

Entwicklung des Bankensektors

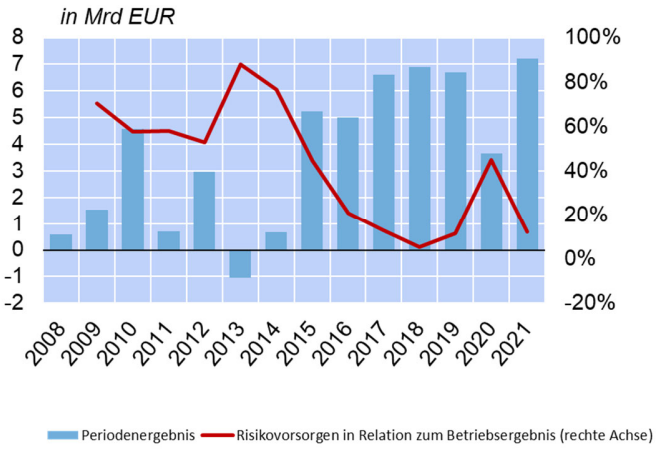
Österreichische Banken profitierten vom verbesserten konjunkturellen Umfeld und Sonderfaktoren

Dank der wirtschaftlichen Erholung, der vielfältigen zum Teil bereits ausgelaufenen fiskalischen und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung der Pandemieeffekte sowie des anhaltenden Kreditwachstums verbesserte sich die Gewinnsituation des österreichischen Bankensektors im Jahr 2021 deutlich. Die Kreditrisikovorsorgen, die im Jahr 2020 stark erhöht worden waren, reduzierten sich um knapp 70% auf 1,2 Mrd EUR und trugen wesentlich im Vergleich zum Vorjahr zu einer Verdopplung des Periodenergebnisses auf 7,2 Mrd EUR bei. Im Verhältnis zum Betriebsergebnis gingen die Risikovorsorgen auf das Vorpandemieniveau des Jahres 2019 von ca. 12% zurück. Erwähnenswert sind auch die besonders günstigen Refinanzierungsbedingungen im Rahmen des TLTRO-III-Programms (Targeted Longer-Term Refinancing Operations) der Europäischen Zentralbank (EZB) bzw. des Eurosystems, die zur Gewinnsituation der österreichischen Banken beitrugen.

Die Profitabilität der österreichischen Banken wurde im Jahr 2021 somit durch einige Sonderfaktoren positiv begünstigt. So wurden sogar die in einem günstigen makrofinanziellen Umfeld erzielten Gewinne der Jahre 2017 bis 2019 leicht übertroffen.

Bei den österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) zeigte sich ein ähnliches Bild. Ihr aggregiertes Periodenergebnis (nach Steuern) belief sich im Jahr 2021 auf 3,0 Mrd EUR und stieg damit im Vorjahresvergleich um 54% an, was insbesondere auf den Rückgang der Kreditrisikokosten um fast 70% zurückzuführen ist.

Profitabilität des österreichischen Bankensektors (konsolidiert)



Quelle: OeNB.

Kreditqualität blieb auf gutem Niveau stabil, wenngleich Kreditrisikoindikatoren Verschlechterungen andeuten

Die Kreditqualität der österreichischen Banken gemessen an der notleidenden Kredite-Quote (NPL- Quote) blieb auf gutem Niveau stabil (1,8% per Dezember 2021). Kreditrisikoindikatoren mit Vorlaufeigenschaften (wie bspw. das Ausmaß der gemäß IFRS 9 unter Stufe 2 klassifizierten Kredite sowie Forbearance-Aktivitäten) deuten allerdings auf wachsende Herausforderungen hin.

Unterstützungsmaßnahmen sowie der wirtschaftliche Aufschwung und das damit einhergehende Kreditwachstum wirkten positiv. Die Qualität der Kredite mit abgelaufenen Moratorien verschlechterte sich allerdings bis Jahresende 2021 weiter.

Kreditvergabe für Wohnimmobilienfinanzierungen im Jahr 2021 äußerst dynamisch

Die Kreditvergabe der österreichischen Banken war weiterhin durch Hypothekarkredite an inländische private Haushalte sowie Kredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen getrieben. Die Hypothekarkreditvergabe stieg im Dezember 2021 um 6,9% gegenüber dem Vorjahr, war damit äußerst dynamisch und beschleunigte sich weiterhin. Für das Jahr 2021 lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei Immobilienkrediten an private Haushalte bei 6,5%, für 2020 bei 5,7% und für 2019 bei 5,1%. Das Wachstum bei den Konsumkrediten in Österreich war im Dezember 2021 mit 1,4% im Vorjahresvergleich das erste Mal seit Ende 2019 wieder im positiven Bereich. Bei den Unternehmenskrediten beschleunigte sich die Kreditvergabe bis Jahresende 2021 (+8,7% im Jahresvergleich). Dies ist unter anderem auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da die Wachstumsrate im Jahr 2020 mit 5,0% vergleichsweise niedrig ausfiel. Die Wachstumsdynamik hielt bis ins Jahr 2022 an.

Vorausschauende prudenzielle Maßnahmen sowie die Bemühungen der Banken haben Finanzmarktstabilität in Österreich gestärkt

Die Bemühungen der Banken sowie die mikro- und makroprudenziellen Maßnahmen in der Vergangenheit haben nicht nur die Eigenmittelausstattung erhöht, sondern in weiterer Folge auch die Finanzmarktstabilität in Österreich gestärkt. Der Bankensektor konnte während des bisherigen Pandemieverlaufs eine stabile und zentrale Rolle zur Aufrechterhaltung der Liquidität des österreichischen Unternehmenssektors gewährleisten. Die Kernkapitalquote hat sich seit 2008, also dem Beginn der damaligen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, mehr als verdoppelt, was wesentlich zur Stärkung der Resilienz der Banken beigetragen hat. Darüber hinaus verfügen die österreichischen Banken über eine solide Liquiditätsausstattung. Diese wurde durch begünstigte Refinanzierungsfazilitäten des Eurosystems zusätzlich gestärkt, die zugleich auch die Profitabilität der Banken erhöhten. Die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1) der österreichischen Banken sank Ende 2021 im Vorjahresvergleich um 0,36 Prozentpunkte auf 15,7%, was vor allem auf den Anstieg der risikogewichteten Aktiva im Zuge des dynamischen Kreditwachstums sowie auf vermehrt vorgenommene Gewinnausschüttungen zurückzuführen ist. Angesichts des zu Jahresbeginn 2022 anhaltenden Kreditwachstums in Österreich, des Kriegs in der Ukraine, den damit einhergehenden Risiken für die Realwirtschaft und die Inflation, sind die Banken angehalten, auch weiterhin eine adäquate Kapitalisierung sicherzustellen.

Ausgewogene Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE reduziert auch weiterhin Verwundbarkeiten

Mit Blick auf die Stärkung der Finanzmarktstabilität in Österreich und den Gastländern sind die OeNB und die FMA darauf bedacht, die stabile lokale Refinanzierungsbasis österreichischer Tochterbanken im Ausland auszubauen und exzessives Kreditwachstum zu vermeiden. Das laufende

Monitoring zur Einhaltung des Nachhaltigkeitspakets[2], das im März 2012 implementiert wurde, zeigt, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE über eine ausgeglichene Refinanzierungsbasis verfügen. Im Dezember 2021 betrug die Kredite-Einlagen-Quote 73%. Zudem wurden die intra-gruppen Liquiditätstransfers seither um knapp unter 70% reduziert. Damit haben die in der CESEE-Region engagierten österreichischen Banken die Abhängigkeit ihrer Töchter reduziert und vorrangig mittels regionaler Refinanzierung vorgesorgt.

Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE stellen kein Systemrisiko mehr dar

Die von OeNB und FMA[3] frühzeitig (Oktober 2008) ergriffenen aufsichtlichen Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Fremdwährungskredite in Österreich deutlich zurückgegangen sind und kein systemisches Risiko mehr darstellen. Im Dezember 2021 waren 5,5% der an private Haushalte in Österreich vergebenen Kredite Fremdwährungskredite. Damit ist das Volumen seit Einführung der Maßnahmen um 82% (wechselkursbereinigt) gesunken. Das Volumen der von österreichischen Tochterbanken in CESEE vergebenen Fremdwährungskredite an private Haushalte betrug im Dezember 2021 9,3 Mrd EUR. Somit machen Fremdwährungskredite 11,0% der insgesamt ausstehenden Haushaltskredite von CESEE-Tochterbanken aus; mehr als drei Viertel davon sind in Euro denominiert.

Pandemiebedingte und geopolitische Unsicherheiten sowie weiterhin bestehende strukturelle Herausforderungen bedingen auch zukünftig umsichtiges Verhalten

Der IWF attestierte in seiner Artikel-IV-Konsultation 2021[4] dem österreichischen Finanzsystem Krisenfestigkeit, auch während der COVID-19-Pandemie. Die pandemiebedingten Unsicherheiten sowie strukturelle Herausforderungen in Hinblick auf die Effizienz des österreichischen Bankensektors bleiben allerdings ungeachtet der Entwicklungen im Jahr 2021 weiter aufrecht. Darüber hinaus bestehen die in diesem Umfeld erhöhten Kreditrisiken fort. Die vorausschauenden mikro- und makroprudenziellen Maßnahmen seit 2008, sowie die Bemühungen der Banken, ihr Geschäftsmodell nachhaltiger zu gestalten, haben zu einer Verbesserung der externen Wahrnehmung (u.a. bei Ratingagenturen) beigetragen. Seit Februar 2022 sind die Risiken für die Banken im Zusammenhang mit Russlands Invasion in die Ukraine beträchtlich gestiegen.

Entwicklung des Versicherungssektors

Zuwächse bei den Prämieneinnahmen

Im österreichischen Versicherungssektor stiegen die verrechneten Prämien im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahrjahreszeitraum um 3,4% auf 19,8 Mrd EUR. Innerhalb der Bilanzabteilung „Leben“ war ein Anstieg im Prämienvolumen um 0,6% auf 5,4 Mrd EUR festzustellen. Die Prämien aus

[2] https://www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/nachhaltigkeit-der-geschaeftsmodelle.html
[3] https://www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/fremdwaehrungskredite.html
[4] https://www.oenb.at/Presse/Berichte/iwf-art-iv-und-fsap.html

Einmalerlägen stiegen um 10,5%, während die laufenden Prämien um 1,0% zurückgingen. Der Anteil der Prämien aus der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung an den gesamten Prämien der Bilanzabteilung „Leben“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 25,4% auf 26,8%. In den Bilanzabteilungen „Schaden/Unfall“ und „Kranken“ stiegen die Prämieneinnahmen um 4,6% (Schaden/Unfall) auf 11,8 Mrd EUR bzw. um 4,4% auf 2,5 Mrd EUR (Kranken). Insgesamt zeigte sich ein Anstieg der Prämienentwicklung gegenüber dem Vorjahr.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio EUR	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung 2020-2021
Schaden/Unfall	10.481	10.197	10.697	11.026	11.31	11.833	+4,57 %
Leben	6.099	5.782	5.574	5.424	5.360	5.390	+0,56 %
hv. fonds- und indexgebunden	*1.537*	*1.363*	*1.329*	*1.259*	*1.364*	*1.445*	*+5,98 %*
Kranken	2.061	2.139	2.230	2.340	2.433	2.541	+4,43 %
Gesamt	18.642	18.118	18.500	18.789	19.10	19.764	+3,43 %

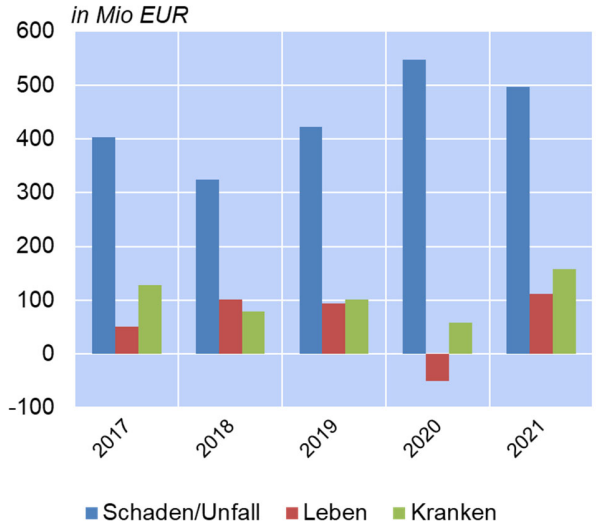
Quelle: FMA

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betrugen zum Jahresende 2021 16,5 Mrd EUR; das entspricht einer Erhöhung von 3,81% gegenüber dem Vorjahr. Getrieben wurde dieser Anstieg durch eine deutliche Zunahme der Aufwendungen in der Schadens- und Unfallversicherung. Nachdem es 2020 durch die pandemiebedingten Lockdowns zu einem drastischen Rückgang in den Aufwendungen dieser Versicherungssparte kam, stiegen die Aufwendungen im Bereich Schaden/Unfall 2021 mit plus 20% im Jahresvergleich wieder deutlich an. In der Lebensversicherung sanken die Aufwendungen im Vergleich zu 2020 hingegen um rund 9%, während in der Krankenversicherung der Anstieg rund 1% betrug.

Anstieg des versicherungstechnischen Ergebnisses

Die Versicherungsunternehmen wiesen für das Gesamtjahr 2021 ein versicherungstechnisches Ergebnis von 766,0 Mio EUR aus. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 211,9 Mio EUR bzw. 38,2%. Dabei standen Rückgänge in der Sparte „Schaden/Unfall" (- 9,2%) Zuwächse im Bereich „Kranken" (+173,5%, von sehr niedrigem Niveau) und im Bereich „Leben" gegenüber. Die Verschlechterung des versicherungstechnischen Ergebnisses in der „Schaden/Unfall"-Versicherung war hauptsächlich durch eine Normalisierung der Schadensquote bedingt. Diese betrug im Jahr 2021 67,3%, nach einem ungewöhnlich niedrigen Wert von 58,4% im Jahr 2020.

Versicherungstechnisches Ergebnis

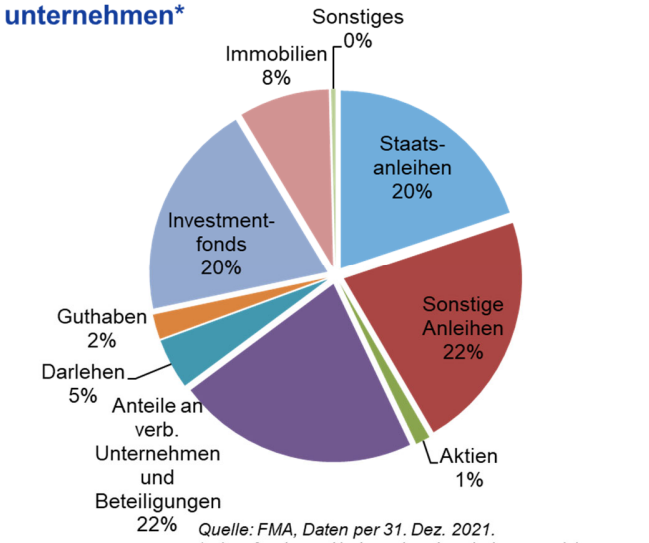


Quelle: FMA

Anstieg des Finanzergebnisses

Das Finanzergebnis – Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen – belief sich im Jahr 2021 auf 3,1 Mrd EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg in Höhe von 1,3 Mrd EUR bzw. 74,1%. Das Ergebnis resultierte aus einem Anstieg der Kapitalerträge (+26,4%) bei einem gleichzeitigen Rückgang der Kapitalaufwendungen (- 26,6%). Der Anstieg der Erträge kann dabei durch die guten Dividendenerträge im Jahr 2021, sowie durch Einmaleffekte aufgrund von Restrukturierungen und Konsolidierungen erklärt werden. Gleichzeitig normalisierten sich die Abschreibungen im Jahr 2021 auf das durchschnittliche Niveau der Vorkrisenjahre (2018/2019) und führten so zu einem Rückgang in den Aufwendungen.

Vermögenswerte der Versicherungsunternehmen*



Quelle: FMA, Daten per 31. Dez. 2021.
* ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherungen

Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen (ohne Veranlagungen der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen) wurde durch Investments in Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 41,6% dominiert; diese teilten sich in rund 19,9% Staatsanleihen und rund 21,7% sonstige Anleihen auf. Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen beliefen

sich auf rund 21,9%. Investmentfonds, für die keine „Durchschau“ auf die zugrundeliegenden Wertpapiere erfolgt, machten einen Anteil von 19,7% der Vermögensstruktur österreichischer Versicherungsunternehmen aus. In Immobilien wurden 8,2% der Vermögenswerte investiert, wobei der Großteil auf direkt gehaltene Objekte entfiel. Die Summe aller Assets zu Marktwerten (exkl. Kapitalanlagen der fondsgebundenen und indexgebundenen Lebensversicherung) lag Ende 2021 bei 116,7 Mrd EUR, um 2,3 Mrd EUR über dem Wert zum Jahresende 2020.

Die stillen Nettoreserven (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge) betrugen Ende Dezember 2021 24,1 Mrd EUR, Ende 2020 lag der Wert bei 24,9 Mrd EUR.

Erholung des EGT

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich mit Ende 2021 auf rund 1,9 Mrd EUR. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 1,2 Mrd EUR oder 161,2% gegenüber 2020. Diese deutliche Zunahme resultierte aus einer Normalisierung der Ertragslage gegenüber den pandemiebedingten Verwerfungen 2020. Die Aufgliederung dieser Zuwächse im EGT stellt sich wie folgt dar: „Schaden/Unfall“ + 941,9 Mio EUR, „Leben“ + 156,7 Mio EUR und „Kranken“ + 100,0 Mio EUR.

COVID-19-Implikationen und Auswirkungen

Bei den Prämien war eine positive Entwicklung zu verzeichnen, wie im Vorjahr war kein wesentlicher Einfluss der Pandemie beobachtbar.

Bei der Schadenssituation liegt zum einen eine sehr heterogene Produktlandschaft in den durch COVID-19 direkt betroffenen Geschäftsbereichen (wie etwa Betriebsunterbrechung für freiberuflich Tätige u.a.) vor, zum anderen wird die finale juristische Interpretation der Bedingungen gerichtlich zu klären sein. Die Schadenerwartungen wurden jedoch durch teilweise bereits erfolgte „branchenfreundliche“ Urteile reduziert. 2021 zeigte sich eine Nachwirkung der Folgeerscheinungen von COVID-19 in Zusammenhang mit den gravierenden Naturkatastrophenereignissen: Während die Kosten in der Baubranche (Lieferketten) stark stiegen und sich somit vor allem bei den Sturmschäden eine deutliche Schadeninflation zeigte, waren oftmals nur schwer Firmen zu finden, welche die Kapazitäten hatten, die notwendigen Reparaturleistungen zu erbringen.

Steigende längerfristige Zinsen in der zweiten Jahreshälfte entlasteten die Versicherungsunternehmen, da die nach oben verschobene Zinskurve zu niedrigeren Verbindlichkeiten führte. Andere wesentliche Parameter – wie Aktienmärkte und Spreads auf den Anleihenmärkten – entwickelten sich aus der Sicht der Versicherungsbranche positiv.

Die Solvabilitätsquote österreichischer Versicherungsunternehmen bewegte sich weiterhin auf hohem Niveau. Mit 229,5% im Median lag die Solvenzquote für den österreichischen Markt über dem europäischen Durchschnitt. Beobachtbar ist jedoch, dass österreichische Versicherungsunternehmen von den Möglichkeiten, von der Marktwertbilanzierung abzuweichen, Gebrauch machen. Auch zu beachten ist, dass sich – bedingt durch die lange Übergangsperiode von Solvency I auf Solvency II – Marktrisiken in immer stärkerem Ausmaß auf die Bilanzen durchschlagen werden.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Solide Performance der Pensionskassen und betrieblichen Vorsorgekassen

Im abgelaufenen Berichtsjahr verzeichneten die österreichischen Pensionskassen eine positive Performance. Die Vermögensveranlagung aller Pensionskassen zusammen erzielte im Jahr 2021 ein Veranlagungsergebnis von 7,6%. Über die letzten zehn Jahre errechnet sich somit eine durchschnittliche Performance per anno von 5,0%. Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg zum Jahresende auf 27,0 Mrd EUR und erhöhte sich somit um 8,0% gegenüber Ende 2020. Veranlagt war das Vermögen mit Ende Dezember 2021 wie folgt: 32,9% entfielen auf Schuldverschreibungen, 40,6% auf Aktien, 6,4% auf Bankguthaben, 5,9% auf Immobilien und 13,3% auf sonstige Vermögenswerte. Damit stieg der Anteil von Aktien, Immobilien und sonstigen Vermögenswerten im Jahresvergleich, während sich der Anteil von Schuldverschreibungen und Bankguthaben reduzierte. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg bis Ende Dezember 2021 auf 1,02 Millionen Personen, wovon etwa 12,6% bereits eine Pensionsleistung bezogen.

Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen (BVK) war ein positives Veranlagungsergebnis von 4,0% im Gesamtjahr 2021 zu verzeichnen. Das verwaltete Vermögen stieg im Jahresvergleich um 12,9% auf 16,4 Mrd EUR. Anleihen machten zum Ende des vierten Quartals 2021 mit 61,1% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 20,3% Aktien, 9,3% Bankguthaben, sowie 6,5% Immobilienveranlagung. Der Anteil von Anleihen reduzierte sich damit ein wenig gegenüber dem Vorjahr. Der Kapitalmarktbewegung folgend kam es im Jahresverlauf zu einer Erhöhung des Aktienanteils, während sich die Guthaben bei Kreditinstituten reduzierten.

COVID-19-Implikationen

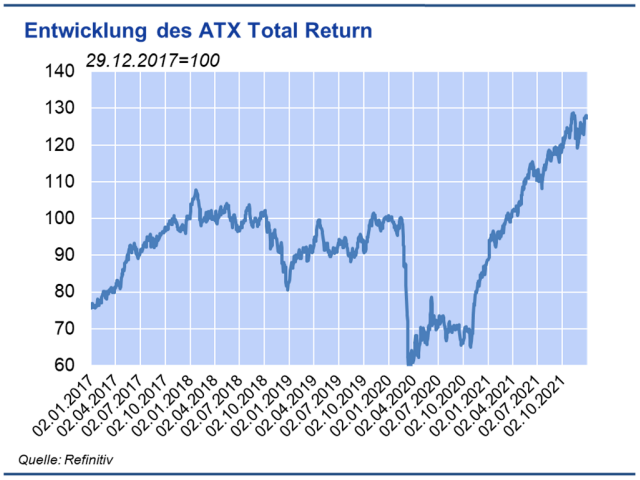
Befürchtete Beitragseinbußen wegen Kündigungen und rechtlicher Unsicherheiten (z.B. Kurzarbeit) waren bei den Pensionskassen auch im Jahr 2021 nicht materiell, insbesondere da auch im vergangenen Jahr kein COVID-19 bedingter Anstieg der Konkurse zu verzeichnen war. Für das Jahr 2022 ergibt sich hier jedoch eine erhöhte Unsicherheit aufgrund möglicher Aufholeffekte im Bereich der Firmenkonkurse.

Durch eine sehr gute Performance im Jahr 2021 wurde ein Eintreten von Mindestgarantien sehr unwahrscheinlich. Mit Pensionskürzungen ist aufgrund der Performanceerholungen höchstens bei Zusagen mit sehr hohen Rechenzinsen zu rechnen. Die noch aus 2019 gut gefüllten Schwankungsrückstellungen wurden 2021 tendenziell geschont.

Die Betrieblichen Vorsorgekassen verzeichneten 2021 eine Rückkehr zum präpandemischen Wachstumspfad. Bei den unterdeckten Konten der Anwartschaftsberechtigen (Anwartschaftsvermögen vs. Garantiebetrag) mit Verfügungsanspruch pendelte sich der Wert (0,07 Mio EUR) im September 2021 – nach einem COVID-19 bedingten Höchststand von 6,44 Mio EUR – wieder auf das Jahresniveau von 2019 ein. Garantieleistungen werden aufgrund der gesetzlichen Fristigkeiten erst in den Folgemonaten schlagend und sind stark von der Performancesituation bei Auszahlung abhängig, wobei diese im Jahr 2021 bereits wieder unter dem Vorkrisenstand lagen. Alle BVK/Veranlagungsgemeinschaften hatten im Jahr 2021 eine positive Jahresperformance (je nach Risikodisposition der Veranlagung zwischen 3,28% und 5,25%).

Entwicklung des Wertpapiersektors[5]

ATX beendet 2021 in positivem Territorium



Die Finanz- und Kapitalmärkte erwiesen sich im zweiten Jahr der Pandemie als weitgehend widerstandsfähig und setzten ihren Aufschwung fort. Während die expansive Geldpolitik und eine breite Erholung der Realwirtschaft über weite Strecken des Jahres Impulse lieferten, wirkten der Pandemieverlauf, politische Unsicherheiten und der steigende Inflationsausblick etwas belastend. Insbesondere der österreichische Aktienmarkt kann auf ein erfolgreiches Jahr 2021 zurückblicken. Der Austrian Traded Index Total Return (ATX TR) beendete das Jahr mit einer Steigerung von satten +43,6% bei 7848,78 Punkten. Im internationalen Vergleich belegt der österreichische Aktienindex damit einen Spitzenplatz. In Deutschland kletterte der DAX im Berichtszeitraum um 15,8%. Der britische FTSE 100 legte im Beobachtungszeitraum um 18,4% zu. In den USA erzielte der S&P 500 Composite, der die Aktien von 500 der größten börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen umfasst, einen Zuwachs von 28,7%. Die gute Performance des ATX TR ist mitunter auf die im ATX abgebildeten Wirtschaftssektoren und der Gewichtung von Finanz- und Rohstofftiteln zurückzuführen.

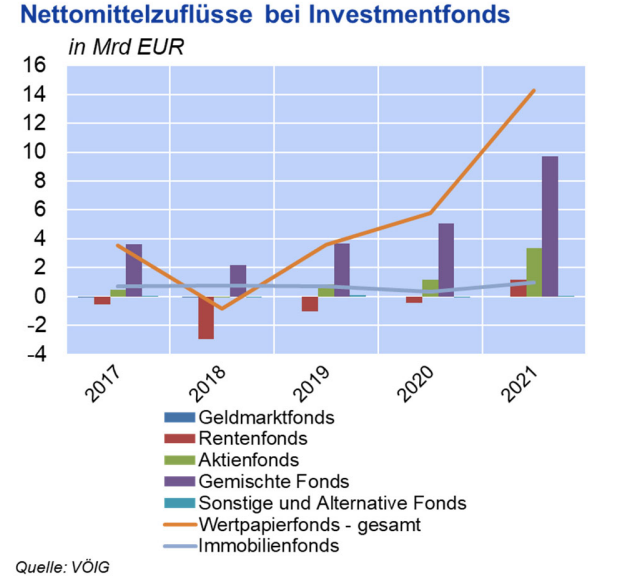
Die Marktkapitalisierung des österreichischen Aktienmarktes erreichte zum Jahresende 2021 rund 142,2 Mrd EUR, Ende 2020 lag der Wert bei rund 106,6 Mrd EUR. Im Jahr 2021 unterstützte die gute Performance zyklischer Aktien den Handelsumsatz an der Wiener Börse. Die Handelsumsätze[6] im equity market (über alle Marktsegmente) erreichten im abgelaufenen Jahr 73,3 Mrd EUR und übertrafen somit sogar den starken Wert des vorangegangenen Jahres um rd. 4,5 Mrd EUR.

Wenig Aktivität am Geregelten Markt

Zwei Unternehmen am Geregelten Markt (Porr AG und CLEEN Energy AG) führten im abgelaufen Jahr Kapitalerhöhungen durch. Der Gesamtumfang dieser beiden Kapitalmaßnahmen belief sich auf rund 10,4 Mio Stück.[7] Es gab in diesem Segment keine Neuemissionen. Mit acht neuen Listings wurde im direct market plus-Segment nach Angaben der Wiener Börse die höchste Anzahl an Neulistings seit dem Bestehen dieses Segments erzielt. Bei den Anleihen ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, hier entwickelte sich die Anzahl an neuen Listings (überwiegend nicht-österreichischer Emittenten) an der Wiener Börse weiter auf hohem Niveau.

[5] Performanceangaben zu Aktienindizes in diesem Abschnitt werden aus den Total Return Indizes berechnet.
[6] Umsatz bei Doppelzählungen (Käufe und Verkäufe)
[7] Wiener Börse, Kapitalerhöhungen 2021

Starke Nettomittelzuflüsse im Fondsbereich



Österreichische Wertpapierfonds verzeichneten im Gesamtjahr 2021 akkumulierte Nettomittelzuflüsse in Höhe von 15,2 Mrd EUR. Insgesamt belief sich das verwaltete Vermögen der heimischen Fonds zum Jahresende auf 230,7 Mrd EUR, was einem Zuwachs von 13,9% bzw. 28,2 Mrd EUR gegenüber dem Vorjahr entspricht. Misch-, Aktien- und Immobilienfonds zählten zu den beliebtesten Veranlagungsvarianten. Die Nettozuflüsse überstiegen bei Mischfonds die Werte vom Vorjahr nochmals deutlich und lagen kumuliert bei 9,7 Mrd EUR. Aktienfonds konnten Zuflüsse in Höhe von 3,3 Mrd EUR verzeichnen, während Veranlagungen in sonstige und alternative Fonds Zuflüsse in Höhe von 35 Mio EUR auswiesen. In einem herausfordernden Marktumfeld konnten Rentenfonds zum ersten Mal seit Jahren zwar wieder Nettomittelzuflüsse von rund 1,2 Mrd EUR verzeichnen, mit Blick auf die relative Bedeutung verloren Rentenfonds jedoch weiter an Boden. Mit einem Anteil von 45,9% am gesamten verwalteten Fondsvermögen lagen Mischfonds damit weiterhin vor den Rentenfonds mit 29,7% (inkl. kurzfristig orientierter Rentenfonds) und deutlich vor den Aktienfonds mit 19,1%.

Immobilienfonds prolongierten ihren seit mehreren Jahren anhaltenden Wachstumstrend und verzeichneten 2021 Nettomittelzuflüsse von 970 Mio EUR. Das verwaltete Vermögen stieg in dieser Fondskategorie mit Ende Q4 2021 auf 11,0 Mrd EUR und versechsfachte sich somit seit Ende 2008. Der Anteil von Immobilienfonds am gesamten verwalteten Fondsvermögen lag bei rund 4,8%.

COVID-19-Implikationen

Trotz COVID-19 war das Jahr 2021 sowohl hinsichtlich Nettomittelzuflüssen als auch Kurswertgewinnen/Erträgnissen ein sehr positives Jahr für den österreichischen Fondsmarkt. Es gab weiterhin keine Suspendierung der Rücklösung von Anteilscheinen oder Aktivierung anderer Liquiditätsmanagementtools im Zusammenhang mit der COVID-19-Situation bei österreichischen Fonds.

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2021 vier Sitzungen (27. bis 30. Sitzung) abgehalten. Die Sitzungen fanden am 9. März, 18. Juni, 15. September und 13. Dezember statt.

Systemische Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung

Das FMSG hat systemische Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung privater Haushalte in allen seinen Sitzungen des Jahres 2021 diskutiert. In der 28. Sitzung wurde festgestellt, dass sowohl das Wachstum der Immobilienkredite an private Haushalte als auch jenes der Wohnimmobilienpreise deutlich an Dynamik gewonnen haben. Diese Entwicklungen in Österreich sind auch im europäischen Vergleich auffällig. Das Gremium hat zudem anhand des neuen Meldewesens zur privaten Wohnimmobilienfinanzierung evaluiert, inwieweit die Banken die vom FMSG beschlossene quantitative Leitlinie aus der 17. Sitzung am 21. September 2018 – in der Regel Eigenfinanzierungsanteile von mindestens 20%, Laufzeiten von höchstens 35 Jahren und Schuldendienstquoten von höchstens 30% bis 40% des Nettoeinkommens – in ihrer Immobilienkreditvergabe berücksichtigt haben. Der Anteil mit überhöhten Schuldendienst- und Beleihungsquoten war dabei erheblich und gegenüber dem Schnitt der letzten fünf Jahre weiter gestiegen. Das Gremium forderte daher die Banken nochmals zur Einhaltung dieser wesentlichen Leitlinie auf. Aufgrund der anhaltenden Dynamik mit hohem Immobilienpreis- und Kreditwachstum, niedrigen Kreditzinsen, hohem Wettbewerb und niedrigen Margen in Verbindung mit hohen Schuldendienst- und Beleihungsquoten beauftragte das Gremium die OeNB in seiner 29. Sitzung, eine umfassende Analyse der Systemrisiken als Grundlage für eine etwaige Empfehlung des FMSG an die FMA nach § 23h Bankwesengesetz (BWG) vorzulegen. Auf Basis dieser Analyse hat das Gremium in seiner 30. Sitzung festgestellt, dass die steigenden systemischen Risiken große Relevanz für die Finanzmarktstabilität in Österreich haben können. Im Fall einer Immobilienkrise besteht das Risiko einer Störung des Finanzsystems mit negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Daher beauftragte das FMSG die OeNB, eine konkrete Empfehlung des FMSG an die FMA, mit der Intention, rechtlich verbindliche Maßnahmen möglichst ab Mitte 2022 in Kraft treten zu lassen, auszuarbeiten, um diese systemischen Risiken adäquat und rechtzeitig zu adressieren.

Systemische Risiken aus der Gewerbeimmobilienfinanzierung

Die Bedeutung von Hypothekarkrediten für die Geschäftsmodelle der österreichischen Banken ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Das Gremium hat sich daher in seiner 27. und 30. Sitzung neben der privaten Immobilienfinanzierung auch mit der gewerblichen Immobilienfinanzierung in Österreich beschäftigt. Dabei hat es festgestellt, dass diese im europäischen Vergleich einen überdurchschnittlichen Anteil an der aggregierten Bilanzsumme der österreichischen Banken ausmacht, wobei diese jedoch unter jener der privaten Immobilienfinanzierung geblieben und auch die Kreditdynamik schwächer ist. Die Daten aus der Meldeverordnung zur Erfassung für die Erstellung von Gewerbeimmobilienindikatoren der OeNB („GIMPI-VO“[8]) sind ein wichtiger Grundstein für die Verbesserung der Datenlage, werden allerdings

[8] Meldeverordnung GIMPI 2022, BGBl. II Nr. 425/2021.

erst in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen. Das Gremium regte zudem an, dass die OeNB in Zusammenarbeit mit der FMA evaluiert, ob und wie die Datenlage in diesem Segment weiter verbessert werden kann.

Evaluierung des OSII-Puffers

In der 29. Sitzung hat das Gremium die Evaluierung des Puffers für Systemrelevante Institute (OSII- Puffer) abgeschlossen und eine entsprechende Empfehlung an die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) gerichtet. Der OSII-Puffer reduziert die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls systemrelevanter Institute und kompensiert damit (teilweise) die höheren sozialen Kosten, welche von einer Fehlfunktion oder einem Scheitern dieser Institute ausgehen. Im Rahmen der tourlichen Überprüfung kam es im Vergleich zum Vorjahr sowohl beim Kreis der identifizierten Institute als auch der Pufferhöhen zu keinen wesentlichen Änderungen.

Keine Veränderungen des Antizyklischen Kapitalpuffers

Das FMSG behielt seine Empfehlung, den Antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% der risikogewichteten Aktiva zu belassen, auch im Jahr 2021 aufrecht. Das Gremium wies jedoch darauf hin, dass das Kreditwachstum im Vergleich zum BIP-Wachstum weiterhin zu hoch ist und gegebenenfalls ein verkürzter Implementierungszeitraum für den AZKP notwendig sein wird. So besteht seit dem zweiten Quartal 2020 eine positive Lücke zwischen dem Verhältnis von Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt und dessen Trend, wenngleich die Lücke mit der Erholung des Wirtschaftswachstums im zweiten Quartal 2021 zurückgegangen ist. Auch weitere für den AZKP relevante Indikatoren befinden sich auf einem im historischen Vergleich auffälligen Niveau. Entsprechend sieht es das Gremium für die weitere Beurteilung der Höhe dieses Puffers als wesentlich an, ob sich im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Verbesserung der für den AZKP relevanten Indikatoren nachhaltig fortsetzt, und ob immobilienbezogene Maßnahmen effektiv in der Reduktion der Risiken aus dem Kreditzyklus sind.

Hebelfinanzierung alternativer Investmentfonds

Die jährliche Analyse zu Alternativen Investmentfonds (AIF) hat das Gremium in seiner 29. Sitzung abgeschlossen. Dabei konnte das Gremium aus der Hebelfinanzierung der AIF keine maßgeblichen Systemrisiken im Finanzsystem oder wesentliche Risiken von Marktstörungen in einzelnen oder mehreren Marktsegmenten sowie für das langfristige Wirtschaftswachstum feststellen. Das FMSG sieht die in der 29. Sitzung begrüßte und mittlerweile umgesetzte Änderung des Immobilien-Investmentfondsgesetzes (ImmoInvFG), mit der die bislang mögliche tägliche Anteilscheinrückgabe aufgehoben wurde, als einen wesentlichen Schritt, potenzielle Finanzmarktstabilitätsrisiken aufgrund der bislang bestehenden hohen strukturellen Liquiditätslücke signifikant zu verringern.

Veröffentlichungen auf der Homepage des FMSG

Auch im Jahr 2021 hat das FMSG durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen, Empfehlungen und des Berichts zum Jahr 2020 seine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, in deren Auftrag es handelt, wahrgenommen. Zudem will das Gremium damit einen Beitrag zur Verbesserung des Informationsstands der Öffentlichkeit zum Thema makroprudenzielle Aufsicht liefern.

Ausblick

Im Jahr 2022 wird das Gremium weiterhin die Entwicklung der Systemrisiken aus der Finanzierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien genau verfolgen. Insbesondere wird ein Hauptaugenmerk auf der Umsetzung rechtlich verbindlicher Maßnahmen zur Adressierung systemischer Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung liegen. Ebenso im Fokus stehen werden die quartalsweise Empfehlung zum Antizyklischen Kapitalpuffer, die tourliche Evaluierung des Systemrisikopuffers sowie die jährliche Evaluierung des O-SII Puffers und der Hebelfinanzierungen von Alternativen Investmentfonds.

Evaluierung der Erreichung der makroprudenziellen Zwischenziele

Das Gremium kam in seiner jährlichen Evaluierung der sechs in der makroprudenziellen Strategie festgehaltenen Zwischenziele zum Ergebnis, dass die im Jahr 2021 gesetzten Maßnahmen auch vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie adäquat für die Erreichung seiner Zwischenziele sind.

Eindämmung von übermäßigem Kreditwachstum

Zum Zwischenziel der Eindämmung von übermäßigem Kreditwachstum hat das Gremium festgestellt, dass das Kreditwachstum nicht exzessiv ist, weshalb der AZKP unverändert bei 0% belassen wurde. Allerdings wird das Gremium genau beobachten, ob sich im Zuge der wirtschaftlichen Erholung die Verbesserung der relevanten Indikatoren nachhaltig fortsetzt, und ob immobilienbezogene Maßnahmen effektiv in der Reduktion der Risiken aus dem Kreditzyklus sind.

Eindämmung von übermäßigen Liquiditätsrisiken

Zum Zwischenziel der Eindämmung übermäßiger Liquiditätsrisiken hat das Gremium festgestellt, dass die österreichischen Finanzinstitute von den durch die Operationen des Eurosystems geschaffene Liquidität profitiert haben. Die systemischen Liquiditätsrisiken und adverse Konsequenzen einer möglichen Rücknahme der geldpolitischen Maßnahmen werden als begrenzt eingeschätzt.

Begrenzung von Risikokonzentrationen und Fehlanreizen

Der Systemrisikopuffer und der Puffer für systemrelevante Institute (OSII-Puffer) adressieren die Zwischenziele der Begrenzung von Risikokonzentrationen und der Auswirkungen von Fehlanreizen. Das Gremium hat die jährliche Evaluierung des O-SII Puffers in seiner 29. Sitzung abgeschlossen. Das FMSG wird auch in Zukunft beide strukturelle Kapitalpuffer regelmäßig evaluieren. Die nächste Festlegung beider Puffer erfolgt in der tourlichen Evaluierung im Jahr 2022.

Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Finanzinfrastrukturen

Das Gremium erachtet die Finanzierungskonzepte der Einlagensicherungen, die eine wesentliche Infrastruktur im Sinne des fünften Zwischenziels darstellen, als systemrisikomindernd. Die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungen anderer Banken durch das betroffene Institut und somit einer Notwendigkeit der Unterstützung durch den Steuerzahler wurden also reduziert. Dies zeigte sich auch dadurch, dass nach den zwei Einlagensicherungsfällen im Jahr 2020 mit den Mitteln des Einlagensicherungsfonds der Einlagensicherung Austria (ESA) auch ein weiterer Einlagensicherungsfall im Jahr 2021 abgedeckt werden konnte.

Minimierung von Informationsdefiziten

Zum Zwischenziel der Reduktion von Informationsdefiziten hat das Gremium angeregt, dass die OeNB in Zusammenarbeit mit der FMA evaluiert, ob und wie die Datenlage im Segment gewerblicher Immobilienfinanzierungen weiter verbessert werden kann.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß § 13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat und den Bundesminister für Finanzen.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender
Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder
Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt (Fiskalratspräsident, ab Juni 2021)

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber (OeNB)

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher (Fiskalratspräsident, bis Jänner 2021)

Dkfm. Eduard Müller, MBA (FMA)

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder
Mag. Helmut Ettl (FMA),

Mag. Karin Fischer (BMF),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat),

Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger (OeNB),

Mag. Harald Waiglein (Fiskalrat).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen und von Mag. David Liebeg und MMag. Peter Strobl koordiniert.